



KREISTAGSFRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Roland Mundle Höhenstraße 20 71069 Sindelfingen

Herr Landrat
Roland Bernhard
Landratsamt Böblingen

KREISTAGSFRAKTION



Roland Mundle
Fraktionsvorsitzender

Höhenstr. 20
71069 Sindelfingen
☎ 07031-674874
☎ 0172-8111185
rolandmundle@t-online.de

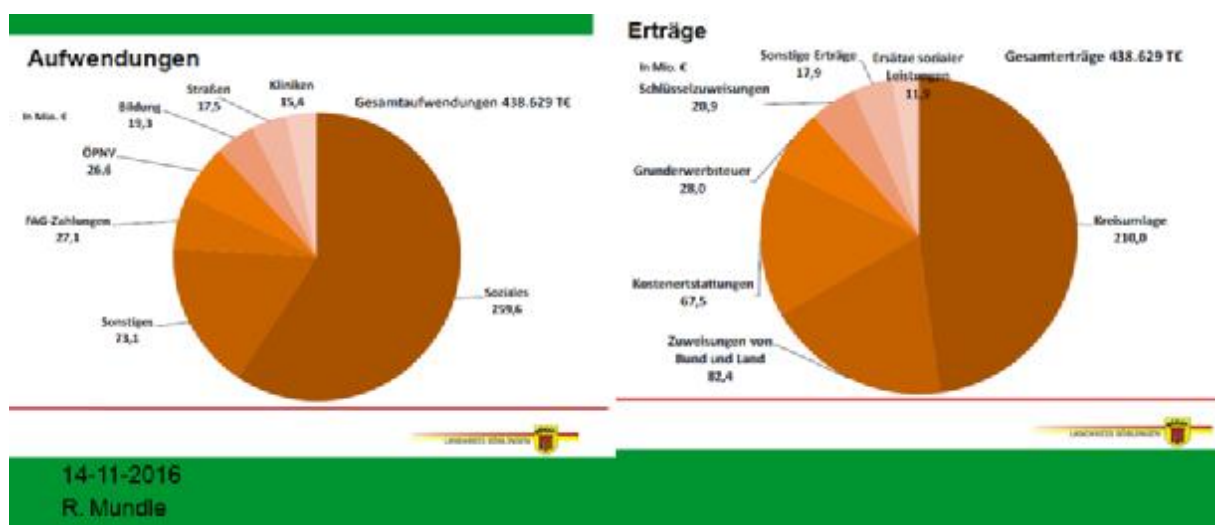
Bearbeiter/-in:

Böblingen, 14.11.2016

Öffentlich

Stellungnahme zum Haushalt 2017 des Landkreises Böblingen

Sehr geehrter Herr Landrat,
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,
sehr geehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung und der Presse,
liebe Gäste!



Höhere Vorwegentnahme durch das Land zur Konsolidierung des Landeshaushalts

- > Tragfähiger Kompromiss, jedoch trotzdem schmerzlich für die Kommunen
 - > 2017 200 Mio. €
- > Planungssicherheit für die Kommunen Verbundquote bis 2021 auf 23% festgelegt
- > Zusätzliche wichtige durch das Land finanzierte Maßnahmen
 - > 1.125 € als Integrationspauschale pro Flüchtling in der kommunalen Anschlussunterbringung für die nächsten 2 Jahre
 - > Neu geschaffener kommunaler Sanierungsfond Schulen und Mobilität
 - > Unwetterhilfefonds 30 Mio. € 50% Land und 50% Kommunen

2

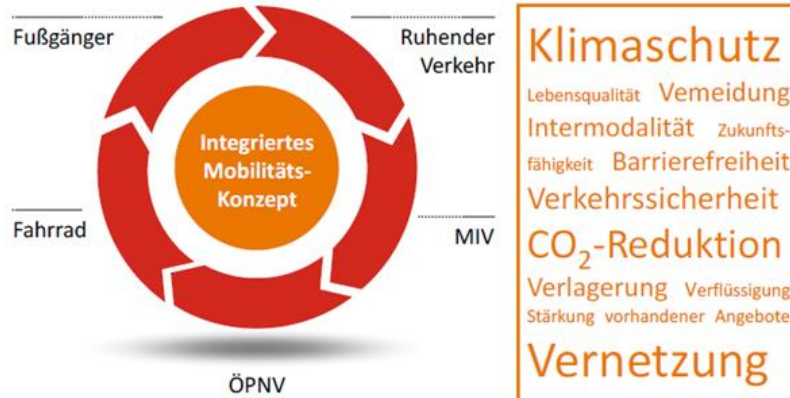
Folie 2

Das ständige Ringen um den kommunalen Finanzausgleich hat ja Anfang November mit einem Kompromiss sein Ende gefunden. Allgemein wurde der Kompromiss, wenn auch für die Kommunen schmerzlich, als tragfähiger Kompromiss begrüßt. Spätestens nach der vorliegenden Novembersteuerschätzung relativiert sich, Gott sei Dank, sowieso alles. Mittelfristig kommt in Folge der höheren Steuereinnahmen und dem Erfolg von Winfried Kretschmann beim Länderfinanzausgleich mehr Steuergeld bei der kommunalen Familie an. Dennoch hätten wir uns gewünscht dass das Land auf eine Erhöhung der Vorwegentnahme beim kommunalen Finanzausgleich verzichtet hätte.

Eine unserer größten Herausforderungen stellt mit Sicherheit eine **verlässliche Mobilität** nicht nur im Landkreis sondern in der gesamten Region dar. Dass wir zur wirksamen Reduzierung von Staus und Engpässen hier nur mit Straßenbaumaßnahmen **keine befriedigenden Ergebnisse erzielen** werden, ist inzwischen, so denken wir, allen klar.

Verlässliche Mobilität – Erarbeitung eines i. v. Mobilitätskonzeptes

Mobilität im Landkreis Böblingen



Folie 3

3

Daher unterstützen wir gerne die Verwaltung bei der Idee zur Erarbeitung eines intelligenten verkehrsträgerübergreifenden **Mobilitätskonzeptes**.

Besonderen Wert legen wir hier auf die konsequente und schnellstmögliche Umsetzung unseres Radwegekonzeptes.

Das eigentliche Handlungsfeld um bei der Mobilität voranzukommen, stellt jedoch aus unserer Sicht **der weitere Ausbau des ÖPNV** dar.

Hier sind wir im Bereich der Schönbuchbahn, bei den Nachtbussen, mit Verbesserungen der Busangebote schon in den letzten Jahren eindeutig auf dem richtigen Weg.

Beschluss Region – Stufenkonzept zur Einführung des 15 Minuten Takts S-Bahn

- a) Stufe 1: Viertelstundentakt in der HVZ von 15:00 Uhr bis 20:30 Uhr ab Dezember 2017 mit Kosten in Höhe von 3.450.000 Euro p.a. (Annahme zum Preisstand 2017). Die anteiligen Kosten für den Haushalt 2017 liegen bei 207.000 Euro.
- b) Stufe 2: Viertelstundentakt in der Früh-HVZ bis gegen 10:00 Uhr ab Dezember 2018 mit Kosten in Höhe von 4.950.000 Euro p.a. (Annahme zum Preisstand 2018).
- c) Stufe 3: Viertelstundentakt ab 12:00 Uhr bis zum Beginn der Hauptverkehrszeit ab Dezember 2019 mit Kosten in Höhe von 7.100.000 Euro p.a. (Annahme zum Preisstand 2019).
- d) Stufe 4: Viertelstundentakt zwischen 10:00 Uhr und 12:00 Uhr (Schließung der Taktlücke) ab Dezember 2020 mit Kosten in Höhe von 5.600.000 Euro p.a. (Annahme zum Preisstand 2020).

Folie 4

4

Ein flächendeckender 15 Minutentakt, wie er in der Region bei der S-Bahn in vier Stufen geplant ist, erhöht die Akzeptanz bei der Bevölkerung. Wir fordern die Unterstützung des Beschlusses der Region durch den Landkreis Böblingen. Die Basis ist für uns hier, dass die **Finanzierung** im Wesentlichen über **das Land und die Region** gesichert wird. Begleitend fordern wir **die Ermittlung der Kosten** für einen entsprechenden **15-Minutentakt der Busverkehre im Landkreis** zur Verwirklichung eines 15 Minutentaktes auch in die Fläche. Dies halten wir für unbedingt erforderlich. Diese Kostenermittlung muss dann die Basis für unsere Umsetzungsstufen darstellen. Denn eine 15-Minutenanbindung an die S-Bahn-Knoten darf sich mittelfristig nicht auf die möglichen ÖPNV-NutzerInnen im Bereich der Schönbuchbahn reduzieren. Ein entsprechendes ÖPNV-Angebot wird sicherlich nicht nur die Akzeptanz erhöhen, sondern auch das Thema Unpünktlichkeit der S-Bahn entschärfen. Die flexiblere Arbeitszeit in vielen Betrieben, sowie die verstärkte Einführung der Angebote von Firmentickets wird, bei vorhandenem Angebot, ihr übriges bewirken.

Mobilitätskonzepte und Services

Vor allem in Ballungsgebieten stoßen Verkehrsinfrastruktur und Transportsysteme an ihre Grenzen. Daimler hat deshalb eine Reihe zukunftsweisender Mobilitätskonzepte entwickelt – vom Carsharing-Anbieter car2go über die Mobilitätsplattform moovel bis hin zum Bussystem Bus Rapid Transit (BTR).

5

Folie 5

Wir regen an Daimler, bei der geplanten Mobilitätskonferenz mit einzu-
beziehen. Somit hätte Daimler die Möglichkeit im Landkreis das eigene
Konzept zur vernetzten Mobilität (Quelle Nachhaltigkeitsbericht 2015¹)
beispielhaft umzusetzen.

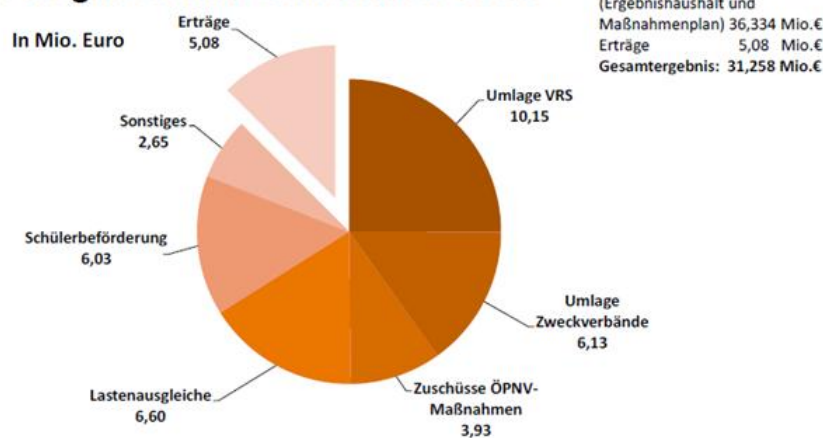
Für unseren Wirtschaftsstandort war der Durchbruch für den Ausbau der
Gäubahn auf Bundesebene enorm wichtig.

Im Schulterschluss mit der Region und dem Land muss mit der Bahn ei-
ne **funktionierende Anbindung der Gäubahn an Stuttgart 21** erreicht
werden.

Wir benötigen eine funktionierende Alternativstrecke bei Störungen im S-
Bahntunnel.

ÖPNV – Ausgaben und Einnahmen

Ausgaben und Einnahmen ÖPNV



6


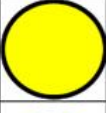

Folie 6

Die Entscheidungen für den teilweisen **zweispurigen Ausbau und die Elektrifizierung der Schönbuchbahn** sind gefallen. Hier gilt unser besonderer Dank Herrn Bauer, der mit seinem Team vor allem auch im Bereich Fahrzeugbeschaffung sehr gute Arbeit leistet. In jüngster Vergangenheit hat er bei den Verhandlungen mit der DB ein gutes Verhandlungsergebnis für den Landkreis erzielt. Der Startschuss für die Baumaßnahmen ist planmäßig letzte Woche mit dem Spatenstich für den neuen Betriebshof gefallen. Der Landkreis nimmt hier dankeswerter Weise viel Geld in die Hand um den ÖPNV zu fördern. Der **positive Nutzen-Kosten-Index von 1,42** ist nicht nur Grundlage für eine entsprechende Förderung durch das Land über das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, er gibt auch einen deutlichen Hinweis darauf, dass diese Maßnahme auch volkswirtschaftlich sinnvoll ist. Die stetig steigenden Nutzerzahlen sprechen hier Bände. Um dies auch für die Zukunft zu gewährleisten, ist es uns besonders wichtig in den Zeiten der Strecken-

sperrungen durch eine gute Öffentlichkeitsarbeit sowie ein gutes Konzept des Schienenersatzverkehrs möglichst wenig Nutzer zu verlieren.

Hermann-Hesse-Bahn – offene Punkte für den Landkreis Böblingen

Stufe 1: Offene Punkte für den Landkreis Böblingen

Schallgutachten Weil der Stadt - Renningen	<ul style="list-style-type: none"> • Gutachten liegt vor • Grenzwertüberschreitungen bei einzelnen Gebäuden → bereits durch heutigen S-Bahn-Verkehr verursacht • Gutachten ist Teil der Planfeststellung für Bf. Renningen 	
Dispositionsvereinbarung für den S6-Vorrang gegenüber der HHB	<ul style="list-style-type: none"> • Vereinbarung Lkr. CW - VRS liegt im Entwurf vor • im Geiste des gültigen Stufenkonzeptes • in Abstimmung zwischen VRS & Lkr. CW 	
Fahrplanrobustheitsprüfung 2.0	<ul style="list-style-type: none"> • hängt vom Gesamtszenario der S-Bahn-Simulation ab • noch Abstimmungsbedarf zwischen VRS und DB Netz • Beauftragung erst nach Vorliegen von „Szenario 3“ • bislang Kapazitätsengpässe bei der DB Netz AG • Ergebnisse des Szenarios 3 für Herbst 2016 in Aussicht 	

7

Folie 7

Die Hermann-Hesse-Bahn stellt für uns ebenfalls einen wichtigen Meilenstein für die Stärkung des ÖPNV landkreisübergreifend dar. Die Ampel steht auf grün beim Schallgutachten, und schaltet sicher bald auf Grün beim S6-Vorrang und der Fahrplanrobustheitsprüfung 2.0. Dann muss der Landkreis handeln und sich zumindest in gebührender Weise an der Finanzierung beteiligen. Die **Sicherstellung einer verlässlichen Einbindung des Landkreises** in der Zukunft ist uns wichtig. Ob als Mitglied im Zweckverband oder auf eine andere Art, muss noch geklärt werden.

Ein weiterer Punkt der für uns eine ganz zentrale Bedeutung hat ist das Thema „**Armut bekämpfen**“.

Leider ist in den letzten Jahren zu beobachten, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht, das gilt auch für den Landkreis. Verstärkt wird dies durch die steigende Altersarmut. Um den sozialen Frieden in unserem Landkreis zu erhalten, müssen wir es auch finanziell schwächer gestellten Menschen ermöglichen Grundbedürfnisse wie Wohnen und gesellschaftliche Teilhabe zu befriedigen. Hierzu gehören für uns die Themenkomplexe **Schaffung von bezahlbarem Wohnraum** und **Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV**.

Armut bekämpfen – bezahlbarer Wohnraum und Sozialticket

> Bezahlbarer Wohnraum

- > Antrag: Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auf den Flächen des Landkreises
 - > Sanierung oder Neubau
- > Antrag: Initiierung einer Selbstverpflichtung der Kreiskommunen zur zeitnahen Schaffung von bezahlbarem Wohnraum mit einer Mindestquote

> Sozialticket

- > Sozialticket Stuttgart
 - > Die Region und Stuttgart haben sich geeinigt, Aufwand Stuttgart 4,9 Mio. €
 - > Stößt auf große Resonanz
- > Probeweise Einführung eines Sozialticket in Landkreis Göppingen
 - > Zuschuss 15,- €/P*M, ca. 180 k€/a + Inkassorisiko 58 k€
- > Bericht der Verwaltung im Frühjahr
 - > Ermittlung der voraussichtlichen Kosten für den Landkreis Böblingen zur Basis für die nächsten Schritte

Folie 8

Wir beantragen, dass der Landkreis auf seinen Flächen prüft, inwiefern hier aus dem Bestand nach Sanierung oder durch Neubau beispielhaft bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann. Uns ist bewusst, dass dies kein großes Volumen darstellt. Wir wollen jedoch diese Möglichkeiten nicht ungenutzt lassen. Die Gründung einer „wirklichen“ Kreisbaugenossenschaft, wie in anderen Landkreisen, macht mangels ausreichend eigener Baugrundstücke keinen Sinn. Wir beantragen eine Initiative des Landkreises die **Kreiskommunen** durch Beratung und andere geeignete

Maßnahmen bei der **Schaffung von bezahlbaren sowie geförderten Mietwohnungen** zu unterstützen.

Auch wenn unsere Fraktion das **Thema Sozialticket** als Aufgabe für die Region sieht und daher letztes Jahr keinen Antrag zur Umsetzung im Landkreis gestellt hat, schließen wir uns hier in Ermangelung einer regionalen Initiative den Fraktionen SPD und Linke an, die im letzten Jahr diese Forderung gestellt haben.

Nach der Einigung von Stuttgart und Region zur Finanzierung eines Sozialtickets für Stuttgart und der Entscheidung des Landkreises Göppingen zur probeweisen Einführung eines Sozialtickets sind aus unserer Sicht genügend Grundlagen vorhanden.

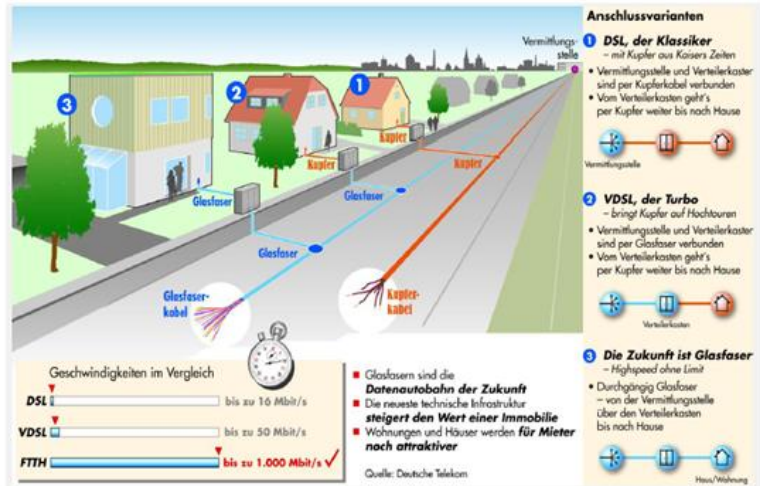
Der geplante Bericht der Verwaltung im Frühjahr 2017 sollte - orientiert an diesen Beispielen - die möglichen Kosten für die Einführung eines Sozialtickets für den Landkreis Böblingen aufzeigen und die Basis für weitere Schritte bilden.

Die Nutzung des ÖPNV in der Region Stuttgart ist nach wie vor zu teuer. Uns ist bewusst, dass es in Stuttgart bei nur zwei Zonen kostengünstiger möglich ist ein Sozialticket einzuführen. Daher beantragen wir weiterhin eine **Initiative des Landkreises bei der Region** aktiv zu werden, damit hier endlich eine **gerechtere Zonenaufteilung** auch für die von Stuttgart weiter entfernten Fahrgäste, die den ÖPNV nutzen, erzielt werden kann.

Bei den meisten Aufgaben im Kreis handelt es sich um Pflichtaufgaben, die uns wenig Spielraum lassen, vieles davon fällt unter den Begriff der kommunalen Daseinsvorsorge.

Breitband - Offensive

> Umsetzung der „Breitband-Offensive 4.0 - Schnelles Internet für Baden-Württemberg



Folie 9

Wir haben bisher den **Breitbandausbau** mit dem Ziel Lückenschluss im Bereich Backbone uneingeschränkt unterstützt, zumal auf den Kreis-haushalt dank entsprechender Bundes- und Landesförderung nur geringe Belastungen zugekommen sind.

Sensibilisiert, auch durch die Kommunen, sind wir bei den nächsten Schritten vorsichtig.

Wir benötigen zunächst mehr Klarheit über die möglichen finanziellen Risiken für die Kommunen.

Stufenmodell Breitbandausbau – Klarheit über mögliche finanzielle Risiken, dann n. Schritte

Stufenmodell Breitbandausbau



10

Folie 10

Wir erwarten nicht, dass mit einem durch die Kommunen vorangetriebenen Infrastrukturausbau wirklich Geld verdient werden kann. Wir können es jedoch auch nicht verantworten leichtfertig Steuergelder auszugeben.

Denn bei der geltenden Gesetzeslage in Folge der bestehenden Marktsituation könnte dies zu Doppelstrukturen führen, auch besteht das Risiko einer Fehlinvestition auf kommunaler Seite.

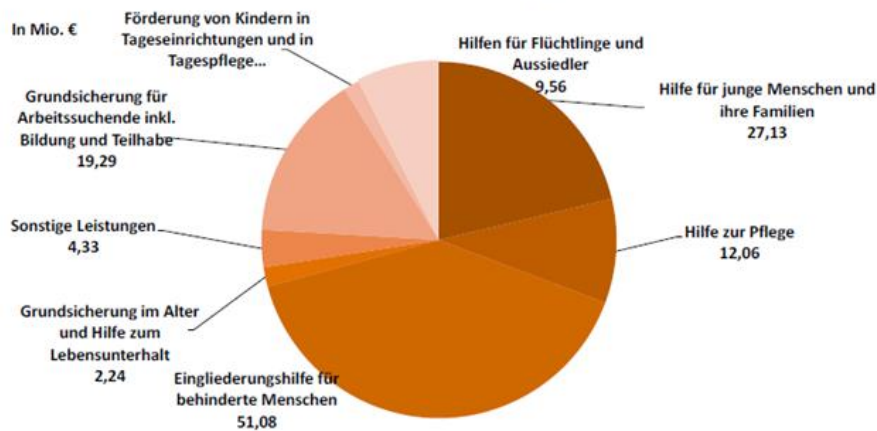
Falls sich unsere Bedenken als unbegründet herausstellen, sind wir gerne bereit dieses Zukunftsprojekt weiter mit voranzutreiben.

Hierzu gehört die für Anfang 2017 geplante **Gründung einer Kommunalanstalt (AöR)**.

Zur Ermittlung der entsprechenden Grundlagen unterstützen wir die, zunächst zeitlich begrenzte, **Einstellung eines Breitbandkoordinators** zur Entlastung der Verwaltung.

Sozialbudget – der Zuschussbedarf steigt auf 127,6 Mio. €

Zuschussbedarf im Sozialbudget



11



Folie 11

Das Sozialbudget bleibt - wie es der Landrat ausdrückte - der dickste Brocken im Haushalt, mit einem Nettoaufwand von **127,6 Mio. €**

Wobei die **Sozialen Hilfen** weiter ansteigen. Wesentlich mit verantwortlich ist hier **die Eingliederungshilfe**. Hier ergibt sich in den nächsten Jahren eine schrittweise Entlastung durch die Erhöhung des Bundesanteils, was bitter notwendig und längst überfällig ist (2010 lag die Belastung für den Kreis für diese Maßnahme noch bei 24,2 Mio. € 2015 sinkt diese auf 17,9 Mio. €).

Hier erwarten wir eine **vollständige Kostenübernahme des Bundes**.

Sozialbudget Folie 2 und Bildung

- > **Aufwendungen für Arbeitssuchende gehen zurück**
 - > Dank der guten Wirtschaftslage
- > **Aufwendungen für Pflege steigen**
 - > Das wird sich in den nächsten Jahren weiter fortsetzen
- > **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**
 - > Wir dürfen niemanden verlieren
 - > Vermeidung zukünftiger Sozialkosten

- > **Bildung**
 - > Unterstützung der Entwicklung eines Schulentwicklungsplanes auch für die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ)
 - > Werbung für die Sonderschuleinrichtungen
 - > Parallel schrittweise Umsetzung der Inklusion schulartübergreifend

12

Folie 12

Die Aufwendungen für die **Grundsicherung für Arbeitssuchende** gehen dank der guten wirtschaftlichen Lage weiter zurück. Dafür steigt jedoch der Aufwand für die **Hilfe zur Pflege**.

Eine aus unserer Sicht weiterhin unverzichtbare Investition in die Zukunft stellt die **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe** dar, die hier investierten knapp 30 Mio. € vermeiden Sozialkosten in der Zukunft.

Im **Bildungsbereich** unterstützen wir die Entwicklung eines **Schulentwicklungsplanes** auch für die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ).

Für den Bereich der **Inklusion** wünschen wir uns eine Fortsetzung der guten Informationspolitik für die Eltern über die vorhandenen Angebote. Parallel muss natürlich Schritt für Schritt die Inklusion an den Schulen schulartübergreifend fortgesetzt werden.

Klinikverbund Südwest Teil Kreis Böblingen – Defizitausgleich / Rücklagen / Investitionen und Darlehen

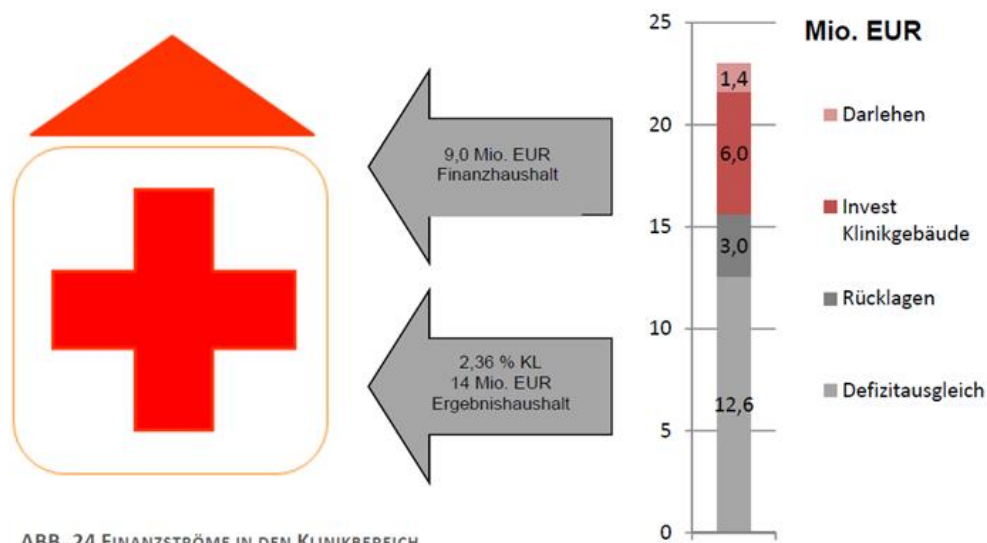


ABB. 24 FINANZSTRÖME IN DEN KLINIKBEREICH

13

Folie 13

Zum **Klinikverbund**.

Die Herausforderungen bleiben unverändert. Wir werden auch in den nächsten Jahren über die Kreisumlage Mängel in unserem Gesundheitswesen ausgleichen müssen. Nur so können wir die Einrichtungen in öffentlicher Hand halten, was unser ausdrücklicher Wille bleibt! Die Kreistage in Böblingen und Calw gleichen über ihre Kreishaushalte die in Ihren Kliniken auflaufenden Defizite aus.

Darüber hinaus müssen Investitionen in die Zukunft getätigt werden. Alleine für die Modernisierung der Klinikstandorte Herrenberg und Leonberg werden wir in den nächsten Jahren jährlich durchschnittlich 5,6 Mio. € für Sanierungen investieren.

Das ist ein deutliches Signal zur **Stärkung** und zum **Erhalt dieser Standorte** und wird vor Ort, so hoffen wir, entsprechend wahrgenommen. Hinzu kommen die jährlichen Rücklagen für den geplanten **Klinikneubau auf dem Flugfeld**.

Dass unsere Maßnahmen aus der **Medizinkonzeption** nicht nachhaltiger zu einer Reduktion der Verluste beitragen, liegt unter anderem an einem viel zu **geringen Landesbasisfallwert** für Baden-Württemberg, der seitens der Kassen unzureichend erhöht wurde. Darauf haben wir leider keinen Einfluss.

Die Erhöhung um 1,4% reicht bei weitem nicht aus die Kostensteigerungen bei den Personalkosten (+2,5%) auszugleichen, von den ganzen anderen Kostensteigerungen ganz zu schweigen.

Weiterhin tragen die **unzureichenden Fallpauschalen** zum Beispiel in der Notaufnahme alleine zu einem Defizit von 9 Mio. €/a bei.

Uns bleibt nur, das Sozialministerium durch unsere guten Konzepte zu überzeugen und dadurch einen hohen Förderanteil zu erzielen.

Herzlich begrüßen im Geschäftsführerteam wollen wir Herrn Dr. Noetzel, wir wünschen ihm viel Erfolg und hoffen, dass er gemeinsam mit Herrn Loydl das richtige Fingerspitzengefühl und die richtigen Maßnahmen findet, um auch bei diesen Rahmenbedingungen, einen nachhaltigen Betrieb aller Häuser in öffentlicher Hand, bei bester Qualität und einem guten Arbeitsklima zu realisieren.

Da wir nicht immer von einer so guten wirtschaftlichen Situation ausgehen können, müssen wir weiterhin intensiv daran arbeiten, dass die Belastung des Kreishaushaltes stetig sinkt.

Eine Verlustübernahme von mehreren Kreisumlagepunkten ist auf Dauer nicht haltbar.

Integration Flüchtlinge



- > Dank und Lob für die Haupt- und Ehrenamtlichen
- > Dank bei den Freien Trägern vor allem für die Arbeit im Bereich der unbegleiteten Ausländer
- > Nächste Aufgabe erfolgreiche Anschlussunterbringung und weiterhin Sprachförderung
- > Antrag Versäumnisse, durch zusätzliche Bezahlung von Prüfungen nachholen
- > Bereitschaft von Industrie- und Handwerk zur Ausbildung und Beschäftigung
- > Beseitigung von bürokratischen und gesetzlichen Hürden
- > Dank an Bund und Land für Kostenübernahme

14

Folie 14

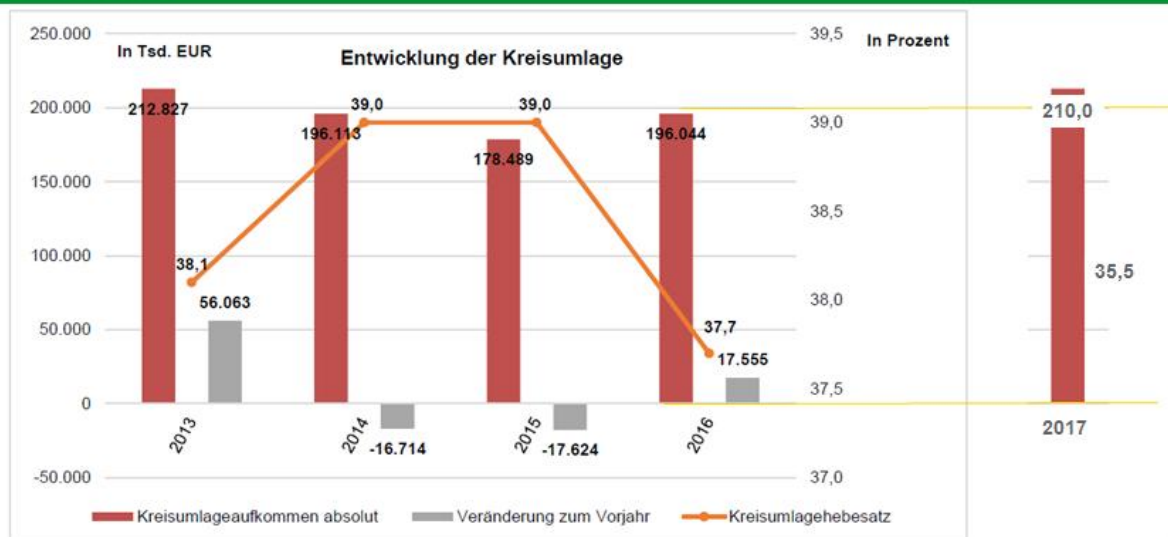
An dieser Stelle wollen wir uns noch mal bei allen Haupt- und Ehrenamtlichen im Landkreis Böblingen für deren vorbildliche Arbeit bei der Aufnahme der Flüchtlinge bedanken. Herauszuheben ist hier auch die Arbeit der **freien Träger**, im Besonderen im Bereich der Arbeit und Aufnahme der **unbegleiteten minderjährigen Ausländer**. Die momentan entspannte Situation sollten wir gemeinsam dazu nutzen **die Integrationsbemühungen zu professionalisieren**.

Hierbei sollte auch eine weitere Verbesserung der Kommunikation zwischen Landkreis und Kommunen bzw. zwischen Landkreis und Ehrenamtlichen angestrebt werden. Zusätzlich zu einer dezentralen und integrationsfördernden **Anschlussunterbringung** in den Kommunen, gehört weiterhin die Schwerpunktsetzung auf die **Vermittlung der Sprachkenntnisse**. Hier dürfen wir jedoch nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Allen, die eine entsprechende Qualifizierung erreicht haben, muss auch die Möglichkeit gegeben werden, einen entsprechenden Abschluss zu erzielen. Daher beantragen wir zusätzlich zu den Mitteln für Sprach-

kurse auch die Mittel für die Abschlussprüfungen zur Verfügung zu stellen.

Die sehr gute Wirtschaftslage und die große Bereitschaft in Industrie und Handwerk, Flüchtlinge zu beschäftigen und auszubilden, muss genutzt werden. Gegebenenfalls vorhandene bürokratische und gesetzliche Hürden müssen hierbei so schnell wie möglich beseitigt werden. Zu einer funktionierenden Integration gehören auch die Möglichkeiten zur Ausbildung und Arbeit. Loben wollen wir hier auch das Land und den Bund, die hier notwendige Mittel zur Deckung der Kosten weitgehend übernehmen.

Kreisumlage für 2017 Absenkung auf 34,5% senken



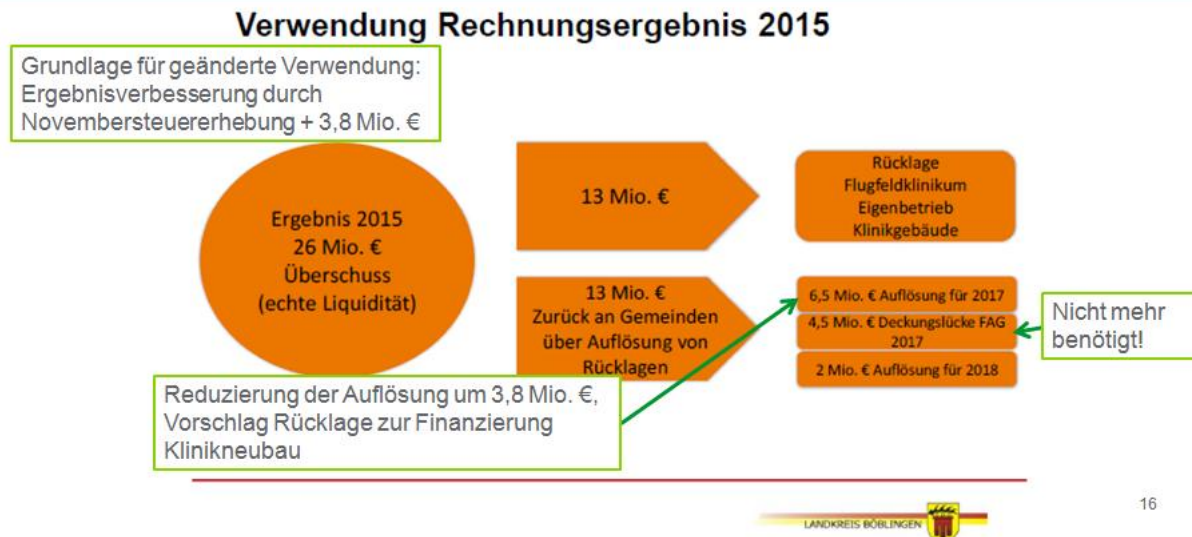
Folie 15 Hebesatz

15

Jetzt zu der interessanten Frage des **Hebesatzes**. Der Blick auf die absolute Höhe spiegelt zum einen die guten Steuereinnahmen und zum Anderen die rückläufigen Zuweisungen des kommunalen Lastenausgleichs wider. Im bisherigen Spitzenjahr 2013 haben wir bei den absoluten Einnahmen bereits die 200 Mio. € Grenze überschritten, 2014 und 2016 haben wir diese wieder unterschritten. Dieses Mal würden wir Sie mit 210 Mio. €, bei einer Kreisumlage von 35,5%, wieder deutlich über-

schreiten, das sind **absolut 14 Mio. € Mehreinnahmen** über die Kreisumlage gegenüber dem Plan 2016.

Ergebnisverbesserungen, Novembersteuererhebung und HH 2016 – geänderte Verwendung Rechnungsergebnis 2015



Folie 16

Vor der **Novembersteuererhebung** dachten wir die Chancen und Risiken im vorliegenden Haushalt halten sich ungefähr die Waage. Erfreulicherweise haben sich die Risiken minimiert, denn statt einer deutlichen Reduzierung des Kopfbetrages zur Berechnung der Schlüsselzuweisungen ergibt sich eine Erhöhung. Dies ergibt eine **Mehreinnahme von 3,8 Mio. €**

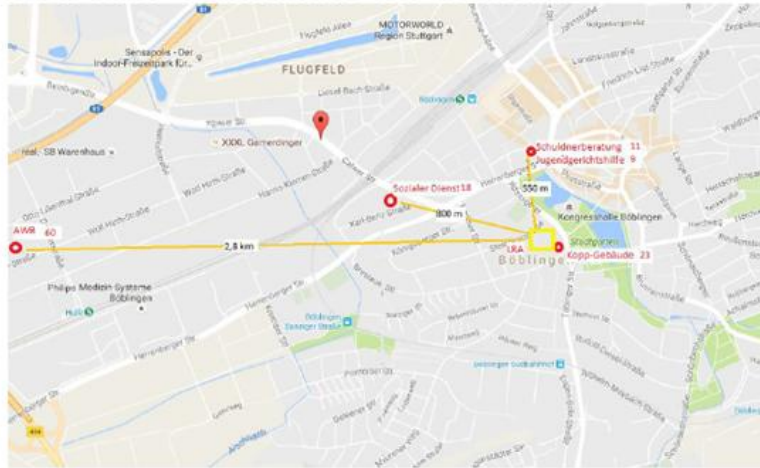
Dem Vorschlag von Ihnen, Herr Bernhard, dementsprechend die Auflösung für 2017 zu reduzieren und dieses Geld für die Finanzierung des Klinikneubaus zurückzulegen, unterstützen wir. Es muss jedoch sichergestellt sein, dass uns hierdurch **keine Negativzinsen** entstehen.

Die **4,5 Mio. € Deckungsausgleich FAG 2017** werden somit nicht mehr benötigt, zusammen mit der berechtigten Hoffnung auf **eine Verbesserung des Ergebnisses für das Haushaltsjahr 2016** z.B. über die

Grundsteuereinnahmen, geben aus unserer Sicht den Spielraum den **Hebesatz auf 34,5% abzusenken.**

Einhäusigkeit LRA – welche Variante kommt zum Tragen?

Verstreute Standorte im Umfeld



17

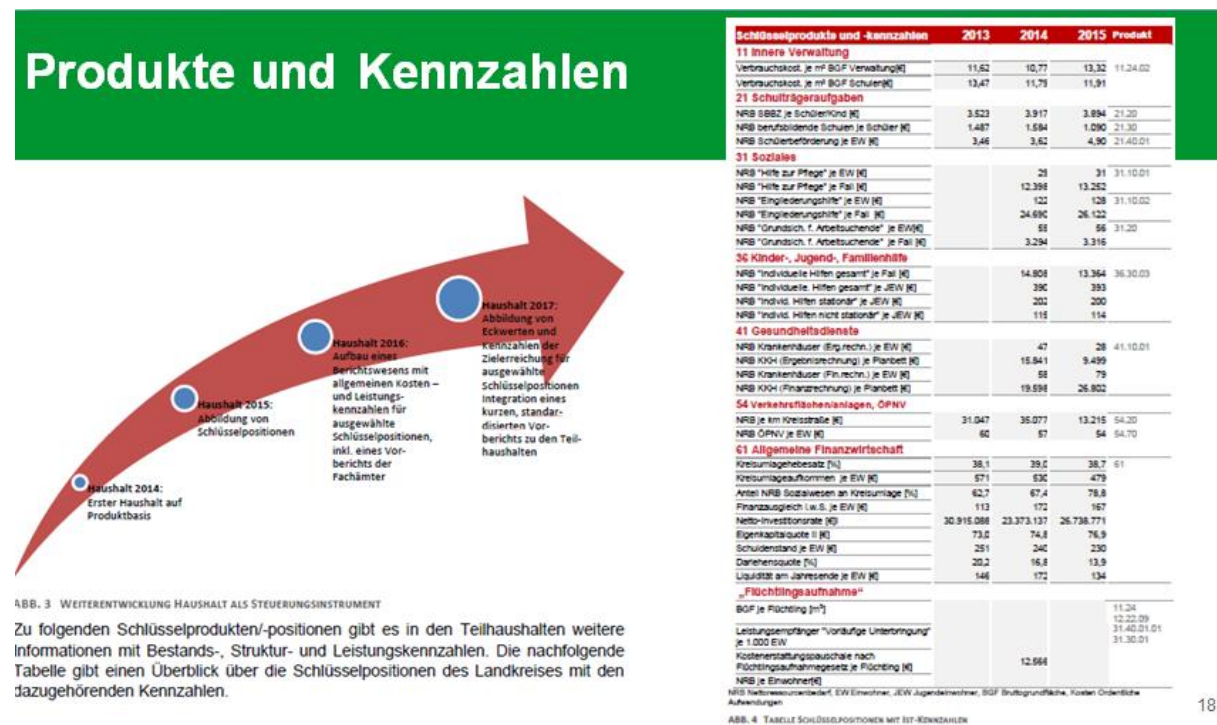
Folie 17 Erweiterung Landratsamt

Wir alle wollen dafür Sorge tragen, dass der **AWB spätestens in 5 Jahren** nach dem Auslaufen des Mietvertrages für das angemietete Gebäude auf der Hulb wieder **ins Landratsamt zurückziehen kann**. Hierzu muss die **Erweiterung auf dem Kopp-Gelände** angegangen werden, zumal Sie uns in Ihrer Vorlage ja vorrechnen, dass dies kostengünstiger ist als die Bezahlung der Mieten, auch für andere Liegenschaften, deren Mitarbeiter ebenfalls in die neuen Räume einziehen können.

Strittig ist momentan noch welche Ihrer vorgeschlagenen Varianten sich durchsetzen wird: **Variante 2 oder 3**. Wir in der Grünen Fraktion tendieren mehrheitlich zur Variante 3, nicht nur, weil sie in der Vorlage bei Realisierung dieser Variante eine **Gesamtentlastung des Haushaltes um 1 Mio. €** in Aussicht stellen, sondern weil wir uns erhoffen, dass die Auslagerung der Sitzungssäle und der Fraktionszimmer deren Nutzung über das Jahr noch flexibler möglich macht. Hinzu kommt der Nebenef-

fekt, dass die Hauptgebäude vom „Publikumsverkehr“ speziell auch außerhalb der Dienstzeiten entlastet werden.

Dafür nehmen wir gerne in Kauf, dass notfalls für eine Interimszeit auf andere Sitzungsräumlichkeiten ausgewichen werden muss.



Folie 18 Schlüsselpositionen / Kennzahlen / Nettoressourcenbedarf

In der letztjährigen Stellungnahme hatten wir bereits die **höhere Transparenz und bessere Vergleichbarkeit** der Ausgaben und Einnahmen an Hand der **Schlüsselpositionen und Kennzahlen** gelobt. Dieses Jahr erkennen wir weitere hilfreiche Fortschritte, die uns eine Vergleichsmöglichkeit geben, in welchen Bereichen wir pro Einwohner wie viel ausgeben. Vielen Dank dafür.

Dennoch haben wir hier die Bitte im nächsten Haushaltsplan in einer Kuchenübersicht für die Erträge und Aufwendungen die **Bereiche Sonstiges** zumindest von deren Hauptpositionen her **aufzugliedern** (siehe hier das Beispiel Soziales).

Die Veränderungen derzeit zu ergründen, ist sehr schwierig. Die Beträge sind zu bedeutend, als dass man dies akzeptieren könnte.

Volkswirtschaftliche Kosten des Klimaschutzes – Umsetzung unseres int. Klimaschutzkonzepts



Zusammenfassung

Integriertes Klimaschutzkonzept

für den Kreis Böblingen Energie und Verkehr

Endbericht

Im Auftrag des Kreis Böblingen
Gefördert vom Bundesministerium für
Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Heidelberg, 18. Februar 2013

> Volkswirtschaftliche Kosten BRD (Quelle DIW)

> 1970 bis 2014: 90 Milliarden €

> Ohne Gegenmaßnahmen bis 2050 hochgerechnet
insgesamt 800 Milliarden €

> Es bleibt zentral wichtig unser beschlossenes Klimaschutzkonzept umzusetzen

> In den letzten Jahren gemeinsam viel versäumt

> Dies müssen wir nachholen

> Umsetzung der neu aufgelegten
Förderprogramme auf kommunaler Ebene

> Das Motto lautet:

> Global denken Lokal handeln

> Die Betonung liegt auf Handeln!

Folie 19

19

Forscher beziffern die **volkswirtschaftlichen Kosten des Klimawandels** in Deutschland von 1970 bis 2014 auf **90 Milliarden Euro**. **Ohne stärkere Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels** könnten sich die **Kosten** der Auswirkungen laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) **bis zum Jahr 2050** auf insgesamt knapp **800 Milliarden Euro** belaufen². Bis zum Jahr 2050, so das Ziel der Bundesregierung, müsse der **Gebäudebestand nahezu klimaneutral werden**. Das bedeutet minus 80 Prozent Primärenergie-Einsatz. Bei einer Sanierung aller prinzipiell sanierbaren Gebäude mit Komponenten eines Passivhauses würde der Endenergiebedarf des Gebäudesektors um etwa 60 Prozent gesenkt. Von dem verbleibenden Energiebedarf müsste dann etwas mehr als die Hälfte durch erneuerbare Energien abgedeckt werden, um einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu erhalten.²

Der **Sanierungsstau** an unseren eigenen Gebäuden muss dringend abgebaut werden, daher begrüßen wir es, dass ein **Immobilienkonzept für alle kreiseigenen Liegenschaften** erstellt werden soll. Wir fordern Sie auf hierbei die erforderlichen **Maßnahmen** aus dem vorliegenden **Klimaschutzkonzept** mit **umzusetzen**. Wichtig ist uns jedoch, dass all den **Konzepten endlich Taten folgen**.

Denn wir sind mit Ihnen einig, Herr Bernhard: „**Global denken und lokal handeln**“ passt gut zum Landkreis Böblingen. Wir gehen noch ein wenig weiter, indem wir sagen: **Dies sollte uns eine Verpflichtung sein**. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.

Wir danken Ihnen, Herr Landrat und Ihrer Verwaltung, für den vorgelegten Haushaltsplanentwurf, einschließlich der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe.

Besonderer Dank gilt Ihnen, Herr Jacob und Herr Hinck, für die Erstellung des Haushaltsplanes.

Herzlichen Dank auch an die Kreistagskolleginnen und Kollegen in allen Fraktionen für die gute Zusammenarbeit.

Danke für die Aufmerksamkeit.

Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Roland Mundle
Fraktionsvorsitzender

Quellenhinweise:

¹Nachhaltigkeitsbericht 2015 Daimler (<https://www.daimler.com/nachhaltigkeit/nb2015.html>)

² Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung

³ Klimaschutz für Gebäude jetzt starten Archiv Pressemitteilungen 2016 Ökoinstitut e. V.

(<https://www.oeko.de/presse/archiv-pressemeldungen/2016/klimaschutz-fuer-gebaeude-jetzt-starten>)